

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 15 Pf., 3 gespalt. Textzeile 60 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzahlung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 15070 unter „Allgemeines Jüdisches Familienblatt“ erhoben. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:

Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telefon 215 16
Postcheckkonto Leipzig Nr. 15070
Bankkonto: Sächsische Staatsbank, Leipzig

Erscheint jeden Freitag — Redaktionsschluß Dienstag mittag
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt.

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich, 2.40 Mark vierteljährlich (exklusive Bestellgeld). Streifband - Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.50 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstraße 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8. M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstraße 8. Dresden: Redaktion: Leon Kesten, Kaulbachstraße 25.

Chronik der Woche

Berichte über die Tätigkeit der Jewish Agency. Die Berichte aller Departements der Palästina-Exekutive der Jewish Agency sind bereits nach London abgeschickt, um in den umfassenden Bericht der Jewish Agency eingeschlossen zu werden, der dem XVII. Zionistenkongreß und der Sitzung des Councils der Jewish Agency überreicht wird. Beide werden im Juni und Juli d. Js. stattfinden. Auszüge aus den Berichten der verschiedenen Departements werden im Jah. veröffentlicht werden. Diese Nummer des Bulletin enthält einen Auszug aus zwei Kapiteln des Berichts des landwirtschaftlichen Kolonisations-Departements über seine Tätigkeit während der letzten zwei Jahre.

Frau Bessie Law verunglückt. Am Sonntag, dem 17. Mai, nachmittags, wurde Frau Bessie Law, die Gattin des Captain Law, des Gouverneurs vom Nazarethdistrikt, bei einem Auto-unfall auf der Chaussee Tiberias—Migdal getötet. Frau Law, die selbst steuerte, wollte einem Krebs ausweichen. Sie bremste kurz und das Auto überschlug sich. Frau Law war die Nichte Dr. Weizmanns, des Präsidenten der Jewish Agency.

64 000 Schekel in Palästina. 36 500 zionistische Schekel wurden dieses Jahr in Palästina verkauft. Diese Zahl zuzüglich der 27 441 im Jahre 1929/30 verkauften Schekel geben Palästina das Recht auf 39 Delegierte zum Zionistenkongreß.

Handel und Industrie. Das ständige Komitee der Regierung für Handel und Industrie hielt am 19. Mai eine Sitzung ab. Folgende Fragen wurden behandelt: Befreiung von Einfuhrzoll für Rohmaterialien zur Herstellung von Betten, von Feindraht für die Herstellung von Metallgaze, von Gummigarn zur Herstellung von Gummibändern und für paraffinierte Papiergefäße für Tenuvah-Produkte; ferner wurde behandelt die Auferlegung eines Zolls auf religiöse Schriftrollen, Mesusoth und Parschijoth, die bisher zollfrei eingeführt werden durften.

Billiger Straßenbau. Herr Ing. S. Etingon wird versuchsweise ein Stück einer Chaussee in Chederah nach einer neuen amerikanischen Methode pflastern, wonach der Straßenbau pro qm 175—200 Mils statt 450 Mils kosten wird.

Ein Serbe für den Zionismus. Herr Generaldirektor des staatl. Postsparkassenamtes in Beograd, Universitätsprof. Dr. Milorad Nedeljkovic, eine sehr angesehene Persönlichkeit in Jugoslawien, hat in der Witzogruppe in Beograd über seine Eindrücke aus Palästina, das er vor fünf Jahren besuchte, berichtet. Danach sprach er in der jüdischen Lese- und Redehalle in Beograd und äußerte sich auch dort allgemein über Zionismus und Judentum. Auf Ersuchen des Präsidenten des K. H. für Jugoslawien, Herrn Dr. Leo Steindler, wiederholte Herr Dr. Nedeljkovic seinen Vortrag in Novi-Sad und Osjek vor einem größeren Auditorium, dem auch die Spitzen der Behörden, der serbischen orthodoxen Geistlichkeit und des Militärs beiwohnten. Beide Vorträge gestalteten sich zu einer grandiosen Manifestation des Zionismus. Nach den Reden des Herrn Dr. Nedeljkovic in Novi-Sad und Osjek hatte der K. H. dort ansehnliche materielle Erfolge. Herr Dr. N. wird demnächst auch in Sarajevo sprechen. Alle diese Reisen macht er auf eigene Kosten. — Er will dieses Jahr Palästina zum zweitenmal besuchen und das jüdische Palästina näher studieren. Er will dann über seine Eindrücke ein Buch schreiben, das in serbischer, deutscher, französischer und englischer Sprache erscheinen soll.

Es geht um alle Juden

Von Moses Waldmann

Die Vorgänge in Deutschland stehen im Mittelpunkt des Weltinteresses. Insbesondere verfolgen die Juden in Amerika die Entwicklung der jüdischen Schicksale in der deutschen Republik. In Deutschland lebt ein einziges Prozent kulturell hochstehender, in ihrem Äußeren, in ihrer Sprache und in ihrem Benehmen der Gesamtbevölkerung in einem sehr hohen Maße angepaßten Juden, und trotzdem ist Deutschland heute das Zentrum des theoretischen und politischen Antisemitismus, und von Deutschland beziehen die Antisemiten der ganzen Welt die Parolen in ihrem Kampfe gegen die Juden. Man wundert sich darüber, daß in Deutschland nicht die Vertretungen der Gesamtjudentum die Aufgabe, dem Judenhaß entgegenzutreten, übernommen haben. In dieser Hinsicht ist ein Beschluß von großer Bedeutung, den der Rat des Preussischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden am 14. Mai gefaßt hat. Nachdem der Verbandstag im März sogar einen von den Volksparteilern eingebrachten Antrag, daß der Preussische Landesverband den Schutz der Juden vor der Regierung, den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden wahrzunehmen habe, abgelehnt hatte, hat nunmehr der Rat, in dem die Liberalen auch die Mehrheit besitzen, diesen Antrag angenommen. Zwischen Verbandstag im Monat März und der Ratstagung am 14. Mai ist offenbar im Bewußtsein der deutschen Juden eine tiefgehende Wandlung vor sich gegangen. Wir registrieren diesen Beschluß mit großer Befriedigung. Denn darin ist die Erkenntnis zum Durchbruch gelangt, daß es Aufgabe der jüdischen Gesamtvertretungen ist, einzugreifen, wenn sich umfassende antisemitische Angriffe gegen alle Juden richten und diese Arbeit innerjüdisch-parteilos zu führen.

In welchem Maße die Existenz und die Wirksamkeit der nationalsozialistischen Partei das Schicksal Deutschlands zum Bösen beeinflussen wird, ist eine Frage, die hier ununtersucht bleiben soll. Es ist nicht unseres Amtes und auch nicht die Aufgabe eines Juden, der die Frage des Nationalismus vom jüdischen Standpunkte aus betrachtet, so zu tun, als ob er gar nicht für sich redete, sondern nur allgemein menschliche und gesamtstaatliche Interessen im Auge hätte. Sicherlich ist jeder in Deutschland lebende Jude in allerstärkstem Maße an Wohl und Wehe Deutschlands ideell und materiell interessiert. Und es ist recht und billig, wenn Juden in den einzelnen deutschen Parteien als Mitglieder jener Parteien und als deutsche Staatsangehörige mit aller Leidenschaft auf die Gefahren hinweisen, welche einer friedlichen Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland durch die Nationalsozialisten drohen.

Wenn aber Juden in ihrer Eigenschaft als Juden sich anschicken, Stellung zum Nationalismus zu nehmen, so tun sie besser daran, auf Rhetorik zu verzichten und nicht wie Katzen um den Brei zu gehen. Sie sollen dann das Kind beim rechten Namen nennen und nicht als Sachwalter eines echten Volkstums, eines blütenreinen Sozialismus und anderer Ideale auftreten. Sie sollen klipp und klar sagen, daß es sich in diesem Falle um die Juden handelt, daß sie als Juden die Gefahr des Nationalismus für die Judentum erkennen und entschlossen sind, mit allen gesetzlichen Mitteln diese Gefahr zu bekämpfen. Denn das eine ist doch sicher: Ob der Sozialismus der Nationalsozialisten echt oder falsch ist, darüber kann es Meinungsverschiedenheiten geben; der Judenhaß der Nationalsozialisten ist sicherlich hundertprozentig echt. Und dieser Gefahr von nationalsozialistischer Seite muß von den Juden die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Jeder Angegriffene hat die natürliche Legitimation, sich zu verteidigen, jeder Überfallene hat das Recht der Notwehr und es bedarf erst nicht langer Erklärungen dafür, daß er sich zur Wehr setzt. Ist seine Sache gerecht und gut, so wird er bei anderen Rechtendenkenenden Verständnis und Unterstützung finden. Die Tatsache, daß man Staatsbürger ist oder auf ordnungsmäßigem Wege die Erlaubnis erhalten hat, in einem Staate zu leben, genügt vollkommen, um den Anspruch auf Schutz durch die Gesetze zu erheben und, im Zeitalter der Demokratie, Gleichberechtigung zu verlangen. Es wirkt immer peinlich, wenn ein Kaufmann dauernd versichert, er verkaufe eine Ware nur zu dem Zwecke, um dem Käufer zu nützen. Ebenso peinlich wirkt es immer, wenn Juden ihre Abwehr gegen den Antisemitismus damit begründen, daß es sie in der Seele schmerzt, wenn sich die Antisemiten durch das unedle Gefühl des Judenhasses in den Augen der fortschrittlichen Welt herabsetzen. Die Sorge, ob die Nationalsozialisten durch Betätigung des Judenhasses Schaden an ihrer Seele und ihrem Rechtsgefühl erleiden, ist für Juden tatsächlich eine Sorge letzten Ranges, und sie sollten darum von diesen letzt-rangigen Dingen nicht überlaufen reden, wenn sie etwas anderes meinen. Und wir meinen ausdrücklich, daß der Nationalsozialismus für uns eine unmittelbare direkte Bedrohung in jeder Beziehung ist. Die Reaktion auf diese Gefährdung ist das Primäre, das uns veranlaßt, in entschiedenster Weise uns zur Wehr zu setzen. Wir wissen, daß wir bei diesem Kampfe um unser Recht auf die Unterstützung gerecht denkender Parteien angewiesen sind. Wir glauben aber, daß für Parteien, die gewillt sind, uns in unserem Kampfe zu helfen, die Begründung vollständig genügt, daß wir in unserer